

wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung des Bürgerkriegs und leistet nicht zuletzt seinen Teil zur Diskussion um dessen Charakter, zum Verhältnis von Revolution und militärischem Konflikt als einer Fragestellung, die sich in den letzten Jahren zu einem Schwerpunkt der Bürgerkriegsforschung entwickelt hat.

Reiner Tosstorff, Frankfurt

Ingo Kolboom, Frankreichs Unternehmer in der Periode der Volksfront 1936–1937 (= Reihe Romanistik, Bd. 30), Schäuble-Verlag, Rheinfelden 1983, 424 S., kart., 78 DM.

Der Wahlsieg des *Front populaire* im Mai 1936 gilt als ein wichtiger Markstein in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung und legte den Grundstein für die mit den »Accords Matignon« einsetzende Entwicklung gesetzlich geregelter Arbeits- und Sozialbeziehungen. Die Unterschrift von Arbeitgebervertretern unter diese von der Regierung Léon Blum initiierten Vereinbarungen wurde von den Gewerkschaften als großer Sieg, von der Mehrzahl der Unternehmer aber als Schande, Verrat und Niederlage empfunden. Die Massenstreikbewegung vom Sommer des gleichen Jahres stürzte die französischen Unternehmer in eine tiefe organisatorische und ideologische Krise, aus der sie aber ein Jahr später gestärkt und geeint hervorgehen sollten.

Ursachen, Verlauf und Überwindung dieser Krise bis zur Gründung eines einheitlichen Unternehmerverbandes »CGPF« (*Confédération Générale du Patronat Français*) waren bislang nur höchst schemenhaft bekannt. Ingo Kolboom ist es in seiner Berliner Dissertation gelungen, auf der Basis eines sorgfältig ausgewählten und analysierten Quellenmaterials, das zu einem großen Teil aus bisher unerschlossenen Archivbeständen stammt, die Entstehung der nationalen Unternehmerbewegung in Frankreich herauszuarbeiten. Doch greift seine Arbeit über den engeren Rahmen der Geschichte des französischen Unternehmerverbandes hinaus. Sie ist zugleich ein institutionsgeschichtlicher Beitrag zur Soziologie des französischen Verbandswesens und bietet interessante Einblicke in die Ausprägung der paternalistischen Elemente der Vichy-Ideologie.

Der Sieg der Volksfront traf eine französische Unternehmerschaft, die noch weitgehend unter den Folgen der ökonomischen und sozialen Krise der zwanziger und frühen dreißiger Jahre litt und als Folge eines noch nicht abgeschlossenen ökonomischen Umstrukturierungsprozesses in sich gespalten war. Rund 700 000 kleinen und mittleren Betrieben standen etwa 28 000 große Handels- und Industrieunternehmen gegenüber. Die Desintegration der Arbeitgeberschaft wurde noch dadurch verstärkt, daß so mancher Kleinunternehmer für die Radikalsozialisten und damit für den *Front populaire* gestimmt hatte. Kolboom schildert in seiner Arbeit in beeindruckender, gelegentlich auch erdrückender Detailfülle die drei wichtigsten Etappen auf dem Weg zu einem nationalen Unternehmerverband: Nach der tiefgreifenden inneren Krise und Auflösung in unmittelbarer Folge der Massenstreikbewegung kam es im Sommer 1936 zu verschiedenen Sammlungsversuchen. Diese führten zu einer Neugestaltung und Neubesinnung des unternehmerischen Verbandswesens auf der Basis der im Frühjahr 1937 gebildeten »*unité d'action patronale*«. Diese bildete den organisatorischen und ideologischen Hauptbezugspunkt für den reformierten Unternehmerverband »CGPF«.

Bezeichnend für Krise und Spaltung des Unternehmertums im Jahr 1936 ist, daß die Initiative zu den Einigungsversuchen nicht aus den eigenen Reihen kam, sondern die Handelskammern, allen voran die Pariser unter ihrem Präsidenten Dalbouze, eine führende Rolle in der ersten Konsolidierungsphase spielten. Die Initiativrolle der Handelskammern erklärt Kolboom zwingend daraus, daß der von den Großunternehmen beherrschte Unternehmerdachverband durch die Unterzeichnung der *Accords Matignon* das Vertrauen gerade der von den sozialpolitischen Maßnahmen wirtschaftlich am stärksten betroffenen kleinen und

mittleren Unternehmer verloren hatte. Auf Vermittlung der Handelskammerpräsidenten gelang es aber im Juli 1936, eine vorübergehende Solidargemeinschaft zu gründen, das »Comité nationale d'Entente«. Damit war zugleich der Grundstein gelegt, von dem aus führende Vertreter der Großunternehmen ihre Bemühungen um Integration des kleinen und mittleren Unternehmertums in einen einheitlichen Unternehmerverband unter ihrer Führung starten konnten. Zugleich wurde mit einer nationalen, einheitlich gesteuerten Propaganda- und Solidaritätskampagne durch Flugblätter, Presseorgane etc. der ideologische Gegenangriff auf den Front populaire gestartet; bedeutendstes Kampforgan war dabei die Zeitung »l'Action patronale«. Diese »bemühte sich zwar von ihrer ersten Nummer an, die kleinen und mittleren Unternehmer als Adressaten anzusprechen, bestätigte sie aber nicht als Mittelstand im Sinne einer dritten Kraft zwischen Kapital und Arbeit, sondern definierte sie vielmehr als der Gesamtheit der französischen Unternehmerschaft zugehörig.« (Bd. I, S. 176)

Die Mobilisierung des Mittelstandes gegen die Volksfront und seine ideologische und organisatorische Einbindung in eine einheitliche nationale Unternehmerbewegung wurde getragen von einem neokonservativen Unternehmer-Diskurs über Sammlung und Einheit. Zu dessen konstituierenden Schlagworten zählten die Begriffe »patron« und »patronat«, in denen alle bisherigen Differenzierungen zwischen kleinen und mittleren Privatunternehmern sowie kapitalistischen Großunternehmen aufgehoben sind. Hierin finden sich die ersten begrifflichen Ansätze eines Korporatismus, der dann nahtlos in die Ständeideologie des Vichy-Regimes überführt werden konnte.

Kolbooms Arbeit bietet letztlich auch einen wichtigen Beitrag zum Verständnis dieses Regimes, dem auch deutsche Historiker zunehmend Aufmerksamkeit widmen. Sein Buch ist weitgehend präzise formuliert, wenn auch gelegentlich von Zitaten überfrachtet. Ein umfangreicher Anmerkungsapparat und ein Anhang, der eine Reihe bisher unveröffentlichter Quellen enthält, erhöhen noch den Wert dieser Untersuchung. Die Bescheidenheitsfloskeln zu Beginn jedes Kapitels, wonach nunmehr »erste Ansätze« oder »erste Überlegungen« den Leser erwarten, wirken gelegentlich störend. Die Beherrschung von Methode, Analyse und Interpretation, die Kolboom in dieser Arbeit unter Beweis stellt, hätte durchaus zu mehr Selbstbewußtsein berechtigt.

Klaus R. Wenger, Baden-Baden

Helmut Grieser, Die ausgebliebene Radikalisierung. Zur Sozialgeschichte der Kieler Flüchtlingslager im Spannungsfeld von sozialdemokratischer Landespolitik und Stadtverwaltung 1945–1950 (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beiheft 69), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1980, XII, 185 S., kart., 38 DM.

Siegfried Schier, Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der 50er Jahre (= Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck, hrsg. vom Archiv der Hansestadt, Reihe B, Bd. 7), Schmidt-Römhild, Lübeck 1982, 331 S., kart., 29,80 DM.

Norbert Baha, Wiederaufbau und Integration. Die Stadt Delmenhorst nach 1945. Eine Fallstudie zur Problematik von Stadtentwicklung und Vertriebeneneingliederung, Verlag Siegfried Rieck, Delmenhorst 1983, 316 S., Efalim, 52 DM.

Aufnahme und Eingliederung des Millionenheeres der Vertriebenen im Nachkriegsdeutschland blieben auch dann noch aus der geschichtswissenschaftlichen Betrachtung weitgehend ausgeblendet, als sich die Zeitgeschichtsforschung anderer Problembereiche der deutschen Geschichte nach 1945 längst mit Eifer zugewandt hatte. Diese Zurückhaltung, über deren mögliche Ursachen hier nicht rasonniert werden soll, stand in auffälligem Kontrast sowohl